

Freie Presse

Anzeigenpreis: Die siebengepflastete Nonpareilleiste 40 Pf. — Ausland 50 Pf.
2 Mf. — Für Platzvorschriften Sondertarif.

Bezugspreis: Die Zeitung erscheint täglich morgens. Montag: mittags. Sie kostet
in Lodz und Umgegend wöchentlich 1 Mark 25 Pfennige, monatlich 5.— Mark.

Nr. 20

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Petrikow 2 Straße 86

2. Jahrgang

Der Beginn der Friedensverhandlungen.

Die Eröffnung.

Am Sonnabend, den 18. Januar, ist in Paris die Friedenskonferenz eröffnet worden. Bereits um 2 Uhr nachmittags war, wie man uns aus Paris meldet, vor dem Ministerium des Auswärtigen eine große Menschenmenge versammelt. Zwei Kompanien Soldaten hatten vor dem Palais Aufstellung genommen. Es waren viele Journalisten, Photographen und Kinooperatoren eingetroffen. Um 2 Uhr 20 Minuten trafen die Friedensdelegationen ein und begaben sich nach dem Beratungssaal. Wilson erschien um 2 Uhr 25 Minuten. Das Militär präsentierte. Auf der Rampe des Palais begrüßte der Protokollführer Boisson den Präsidenten. Wilson hielß sich auf Wunsch der Journalisten einige Augenblicke auf der Treppe auf und ließ sich photographieren und filmen. Der Minister des Auswärtigen Pichon begrüßte Wilson durch Händedruck. Poincaré traf um 3½ Uhr ein und wurde ebenfalls offiziell begrüßt.

Um 3 Uhr 30 Minuten betrat Poincaré den Saal und nahm den Hauptstuhl an dem hufeisenförmigen Tische ein. Neben ihm ließen sich die amerikanischen Delegierten und Wilson nieder. Rechts von Poincaré nahmen Lloyd George und die englischen Delegierten, links von ihm die übrigen Friedensdelegierten Platz, deren Zahl im ganzen 72 beträgt.

Poincaré hielt eine Ansprache, die von den Friedensunterhändlern stehend angehört wurde. Die Rede wurde von einem Dolmetscher in englischer Sprache wiederholt. Hierauf verließ Poincaré den Saal, nachdem er sich von Wilson durch Handschlag verabschiedet hatte.

Den Präsidenzstuhl nahm Clemenceau ein und teilte mit, daß auf der Tagesordnung die Wahl einesständigen Vorsitzenden stehe. Wilson schlug die Wahl Clemenceaus vor; den Antrag unterstützten Lloyd George und Sonnino. Clemenceau aber ließ darüber abstimmen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen, ebenso der Antrag, daß für jede der fünf Großmächte ein Vizepräsident gewählt wird. Zum Generalsekretär wurde Sekretär Tussat bestimmt. Jeder Staat wird einen Sekretär haben. Darauf wurde beschlossen, aus der Mitte der Vertreter der Ententemächte ein Redaktionskomitee zu wählen.

Clemenceau dankte für die Wahl und sagte: Wir wollen eine Wiederholung der Katastrophe vermeiden, die die Welt mit Blut bestellt hat. Wir haben jetzt nicht über den Frieden der Gebiete, sondern über den der Völker zu entscheiden. Bezmühen wir uns, dies Programm rasch und gut zu verwirklichen. Weiter erklärte Clemenceau, daß er in der Frage der Kriegsschuld die Meinung hervorragender Rechtskennner eingeholt habe und jeder Delegierte ein Exemplar ihres Berichtes erhalten werde; des weiteren kündigte er einen Bericht über die Verantwortung an, die während des Krieges entstanden ist, und einen Bericht über die internationale Gesetzgebung in der Frage der Organisation, worüber jeder Staat eine Denkschrift vorlegen wird. Die Frage des Völkerbundes steht auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung. Da sich niemand von den Delegierten zum Wort meldet, schließt Clemenceau die Sitzung.

Nach der Sitzung sprach Clemenceau mit Wilson, Lloyd George und Sonnino.

Die Rede Poincarés.

Paris, 20. Januar, (P. A. T.)

Am Sonnabend nachmittag eröffnete Präsident Poincaré die Friedenskonferenz mit einer Rede, in der er unter anderem sagte:

Meine Herren! Frankreich begrüßt Sie. Frankreich hat ungeheure Opfer getragen, ohne die geringste Schuld an dem Unglück zu haben, das einen Umsturz in der Welt hervorgerufen hat. In dem Augenblick, da alle Prüfungen und Schrecknisse aus hören, können und sollen alle Mächte, die hier vertreten sind, das Recht haben zu sagen, daß sie keinen Anteil an diesem Verbrechen haben, aus dem unsäglichen Unglück entstanden ist.

Sie sind dazu berufen, die Ruhe und die Gerechtigkeit wieder herzustellen. Da keines der Völker, das Sie hier vertreten, Anteil an der Ungerechtigkeit hatte, kann die Menschheit Ihnen Vertrauen schenken. Die Handlungsweise und die Absichten des Feindes sind heute klar festgelegt. In der Hoffnung die Hegemonie in Europa, und dann diejenige über die ganze Welt zu gewinnen, schmiedeten die Zentralmächte einen abscheulichen Plan, um sich über die Leiche Serbiens den Weg nach dem Osten und, die feierlichen Verpflichtungen ablehnend, über die Leiche Belgien den Weg nach dem Herzen Frankreichs zu bahnen. Damals vereiterten die vereinten Anstrengungen Englands, Frankreichs und Russlands jene tollen Vorsätze und nach vielen Wechselungen des Schicksals sind diejenigen durch das Schwert umgekommen, die mit dem Schwert herrschen wollten. Die Schuld müssen sie sich selbst zuschreiben, ihre eigene Verblendung hat sie vernichtet.

Poincaré legt darauf die Ursachen dar, die die einzelnen Staaten zum Eintritt in den Weltkrieg bewogen haben, und sagt: Italien, das von Anfang an die Unterstützung des deutschen Kaiserreichs ablehnte, hat sich gegen seinen Feind erhoben und ist gegen die künftlichen politischen Kombinationen aufgetreten, die die Freiheit der Völker vollkommen ausschlossen.

Weiter sprach Poincaré über die Entscheidung, die die Vereinigten Staaten unter der ehrwürdigen Leitung Wilsons getroffen haben: Von Nord bis Süd erzielte die Neue Welt vor Enttäuschung, als sie sah, daß das alte Kaiserreich den Krieg entschlossen hatte, ohne herausfordert zu sein und ohne genügende Gründe zu haben und ihn mit Vernichtung, Raub und Mord weiterführte. Der Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg war etwas mehr als ein Kriegs- und politisches Ereignis. Es war ein mächtiges Urteil, das im Angesicht der Geschichte von dem weiten Gewissen eines freien Volkes und seines ersten Beamten geteilt wurde. Die Vereinigten Staaten haben ihre Flotte ausgerüstet und ein großes Heer aufgestellt, als es sich um den Schutz der Freiheit der Ideale handelte, auf die immer heftiger der Schatten des kaiserlichen deutschen Adlers fiel. Diese Truppen gingen über den Ozean, um Europa vor der Eroberung und dem Koch der Sklaverei zu schützen.

Als der Kampf sich auf der ganzen Erde ausbreitete, gelangten die Klagen der unterdrückten Völker und Hilferufe an unsere Ohren, kamen diese Völker uns sogar zu Hilfe. Das vom Tode erstandene Polen sandte uns seine Truppen. Die Tschechoslowakei erwähnt sich in Sibirien, in Frankreich und in Italien die Unabhängigkeit. Die Jugoslawen, die Armenier, die Syrier und die Araber vom Libanon, alle diese unterdrückten Völker wandten sich an uns, als an ihre natürlichen Verbündeten. Auf diese Weise wurde der Krieg, der anfangs nicht günstig stand, immer gewaltamer und verwandelte sich in einen Kriegszug in vollster Bedeutung dieses Wortes. In unserem Schmerz erfreute uns nur das eine, daß unser Sieg ein Sieg des Rechts sein wird und der Sieg ist heute vollkommen, da der Feind um Waffenstillstand gebeten hat, um den bereits unvermeidlichen militärischen Zusammenbruch zu vermeiden. Ihre Sache ist es, meine Herren, aus diesem Sieg im Interesse der Gerechtigkeit und des Friedens die Konsequenzen zu ziehen.

Sie waren der Meinung, daß die Friedensbedingungen festgelegt werden sollen, ehe sie denen mitgeteilt werden, mit denen wir den Kampf geführt haben. Die Solidarität, die uns während des ganzen Krieges verband und zum Erfolg unserer Waffen verhalf, muß auch während der Verhandlungen und der Unterzeichnung des Friedens aufrechterhalten werden. Gleich nach Beginn des Waffenstillstandes waren Sie die Verfünder dieser unabsehbaren Vereinigung, deren erhaben Dolmetscher Wilson wurde. In der Hilfe zur Verwirklichung dieser Rechte sehen Sie ihre Mission. Es wird sich nur um die Gerechtigkeit handeln. Was die Gerechtigkeit ausschließt, das sind die Träume von der Freiheit, das ist der Imperialismus, das ist die Fabrikation nationaler Schöpfungen und der willkürliche Austausch von Provinzen durch die eingeladenen Staaten, als ob diese Völker nur Figuren auf dem Schachbrett wären. Wenn Sie die Karte der Welt verändern wollen, so kann dies nur im Namen der Völker und nur unter der Befreiung geschehen, daß das Selbstbestimmungsrecht der kleinen und großen Völker frei geübt und mit den geheiligten nationalen und religiösen Rechten der Minorität in Einklang gebracht wird.

All den Völkern, die sich zu Staaten konstituiert haben, die sich mit ihren Nachbarn vereinigen, denjenigen, die sich in besondere Einheiten lösen wollen, und denjenigen, die ihren vom Tode erstandenen Traditionen entsprechend sich aufs neue organisieren, bemühen sie sich, die Unterstützung zur Sicherung ihres moralischen und materiellen Daseins zu bieten. Wenn Sie es auf diese Weise in der Welt zu einer möglichst engen Harmonie auf der Grundlage der Wilsonschen Vorschläge bringen werden,

werden Sie einen allgemeinen Völkerbund einrichten, der die größte Garantie gegen neue Angriffe auf das Völkerrecht bietet wird. Er wird niemandem seine Tür verschließen. Sein Hauptwerk wird es sein, im Rahmen der Möglichkeit eine Wiederholung dieses Krieges unmöglich zu machen. Sie werden sich vor allem darum bemühen, durch den Frieden der Gerechtigkeit Hochachtung zu verschaffen und auf diese Weise wird die Erhaltung des Friedens weniger Mühe kosten, da Gerechtigkeit der sicherste Grund seiner Dauer ist.

Vor genau 48 Jahren wurde das deutsche Kaiserreich am 18. Januar 1871 von der Invasionstruppe in Versailles proklamiert. Dort hat sie den Raub zweier französischer Provinzen angeordnet. Dieses aus Unrecht geborene Kaiserreich ist schämlich untergegangen. Es haben sich hier nur die Mächte versammelt, die das Unglück wieder gutmachen, das durch Gewalt begangen wurde. In Ihren Händen, meine Herren, ruht die Zukunft der Welt. Ich erkläre die Konferenz für eröffnet.

Eine mittelnorddeutsche Bundesrepublik.

Die braunschweigische Regierung fordert durch einen Aufruf zur Bildung einer mittelnorddeutschen Bundesrepublik auf. Die Arbeiter- und Soldatenräte der im folgenden bezeichneten Gebiete werden gebeten, mit ihr in einen Meinungs austausch darüber einzutreten, ob an die Errichtung eines neuen Gemeinwesens mit folgender Abgrenzung gegangen werden kann. Vom hamburgischen Staatsgebiet im Norden ausgehend, die Elbe entlang bis in die Nähe von Burg bei Magdeburg, in gerader Linie bis zum nördlichen Teile von Anhalt, von da aus der Grenze Anhalts folgend bis in die Gegend von Bitterfeld, die anhaltische Grenze abrundend bis in die Gegend von Nordhausen, durch preußisches Gebiet über die Göttinger Gegend bis zum südlichsten Teile des Braunschweiger Gebietes, der braunschweigischen Grenze folgend bis zum nördlichsten Punkte des Kreises Holzminden, und von dort weiter gehend östlich von Hannover und westlich von Celle in gerader Linie wieder auf Hamburg zu.

Als vorläufige Verfassung des neuen Gemeinwesens schlägt die braunschweigische Regierung eine kantonale Verfassung ähnlich der schweizerischen vor, worin die Republiken Anhalt, Braunschweig und Hamburg ihre Selbständigkeit bewahren und die aus dem preußischen Staatsverbande ausscheidenden Gebiete als selbständige Kantone gelten. Zur Konstituierung der neuen Republik schlägt die braunschweigische Regierung vor, daß die bevollmächtigten Landesregierungen beziehungsweise die bevollmächtigten Arbeiter- und Soldatenräte der drei Republiken und der preußischen Gebiete sich in Braunschweig versammeln, über die Errichtung der Bundesrepublik beschließen und einen provisorischen Ausschuß bestimmen, der die Leitung der Republik übernimmt. Die Braunschweiger Arbeiter beabsichtigen mit der Errichtung einer Bundesrepublik nicht nur eine wirtschaftliche und politische Interessengemeinschaft

mit ihren Nachbarn. Ihr Ziel ist höher: Sie möchten mit ihren Nachbarn in einen innigen Freundschaftsbund eintreten. Die Braunschweiger Arbeiter und Soldaten sind fest entschlossen, die Lasten zu befreien, mit denen die bisher herrschenden Klassen die Arbeiter belastet hatten. Sie sind aber auch ebenso fest entschlossen, jeden Angriff auf ihre Produktionsstätten, von welcher Seite er auch kommen möge, mit allen Mitteln abzuwehren und bestreben, welche sich gegen die Lebensbedingungen des Arbeitervolkes richten, nötigenfalls mit Wassergewalt zu unterdrücken. Braunschweig bietet seinen Nachbarn, welche in gleicher Lage sind, seine brüderliche Hilfe für jeden Fall eines Angriffs an und bittet, sich im Falle einer Bedrohung an seine Nachbarn mit der Bitte um Hilfe wenden zu dürfen.

Der Aufruf schließt: Eile tut Not! Es gilt, die Nationalversammlung vor eine vollendete Tatsache zu stellen.

„Oberschlesien den Oberschlesiern“.

Durch die spartakistischen Wirren in Oberschlesien, die durch die Verhängung des Belagerungszustandes wesentlich eingeschränkt zu sein scheinen, haben selbstverständlich die Lösungsbestrebungen in Oberschlesien, die auf Gründung eines oberschlesischen Freistaates hinzielen, wesentlich an Boden gewonnen. Fast alle größeren Zeitungen des oberschlesischen Industriebezirks bringen heute einen Aufruf des Zentralbüros des Bundes der Oberschlesiener in Kandzin, in dem es heißt: „Oberschlesier jeglicher Parteirichtung, schaft euch zusammen zum Bunde der Oberschlesiener mit der Parole: „Oberschlesien den Oberschlesiern.“

Im einzelnen strebt der Bunde insbesondere die sofortige Aufhebung der gesamten, gegen die Polen Oberschlesiens gerichteten preußischen Ausnahmegesetze, unverzügliche Einführung der polnischen mit der deutschen Sprache vor den Gerichten, Behörden, Kirchen und Schulen jeder Art, unverzügliche Befreiung der Staatsämter mit Oberschlesiern, die bisher Sprachen mächtig sind und aus die in Oberschlesien vorhandenen Religionsbekenntnissen entnommen werden, in dem Verhältnis, als die in Oberschlesien vertreten sind. Freiheit in den Religionsübungen, keine Trennung von Kirche und Staat, keine Einziehung der Kirchen- und Klöstergüter. Errichtung einer besonderen oberschlesischen Delegatur, deren Inhaber ein oberschlesischer, doppelsprachiger katholischer Geistlicher sein soll. Soziale Gesetzgebung, Arbeitersfürsorge, Hebung der Volksbildung. Unmittelbarkeit Oberschlesiens im Falle der Abtrennung Oberschlesiens vom Deutschen Reich durch die Friedenskonferenz. Die Gründung eines neutralen, selbständigen oberschlesischen Freistaates mit einer aus gleichen Wahlen hervorgegangenen Volksvertretung und einer Verfassung, die insbesondere auch diesen Forderungen und dem Schutz der nationalen Minderheiten Rechnung trägt.

Bolschewistische Gefahr

in Spanien.

„Daily News“ meldet aus Madrid: „Die Regierung ist sehr beunruhigt über die Erregung unter der Arbeiterschaft, die sich über ganz Spanien ausbreitet und vor allem in Katalonien und Andalusien sehr heftigen Charakter anzunehmen beginnt. In Katalonien ist in der Tat eine Anzahl Arbeitgeber ermordet worden. Die Täter blieben unerkannt. Die Regierung befürchtet eine bolschewistische Gefahr und lädt die Massen im Lande streng beobachten. Die konervative Presse fordert Repressionen, während die Blätter der linken politischen und wirtschaftlichen Reformen empfehlen. Die Lebensmittelsteuerung nimmt seitig zu. Die außerparlamentarische Kommission, die für die Regierung in der Frage der Autonomie von Katalonien einen Bericht erstattet, hat ihre Arbeit noch nicht beendet, aber das was davon bekannt ist, findet jede Zustimmung. Die Konservativen unter dato bereiten einen Angriff auf die Regierung vor, deren Fall in der ersten Cortesitzung erwartet wird. Premierminister Romanones hat bereits erklärt, daß er bereit ist, seine Entlassung zu nehmen, wenn eine starke monarchistische Kombination die Fügel der Regierung in die Hand nehmen will.“

Lokales.

Lodz, den 21. Januar.

Zur Rechtslage des Deutsch-ev. Landesschulverbandes.

Der Deutsch-evangelische Landesschulverband hat an den Herrn Minister für Volksaufklärung die folgende Buschritter gerichtet:

An den Herrn Minister für Volksaufklärung
Warschau.

Am 27. November v. J. sprach eine Abordnung des Deutsch-evangelischen und des Deutsch-katholischen Landesschulverbandes in Polen beim Herrn Minister für Volksaufklärung vor, um *aus Unlaz des politischen Umschwunges* die Grundlage erneut darzulegen, von denen sich die beiden Landesschulverbände in der Ausübung ihrer gesetzlichen Rechte und Pflichten leiten lassen, und zugleich um Auseinandersetzung verschiedener eigenmächtiger Uebergriffe nachgeordneter örtlicher Instanzen gegen Schulgemeinden der Landesschulverbände zu bitten. In längerer Ausführung äußerte der Herr Minister, daß eine Anzahl von Schulgemeinden seinerzeit unter Mitwirkung der deutschen Okkupationsbehörden „mit Gewalt“ gegründet worden sei, daß aber in Betreff der deutschen Schulen in Polen vorläufig alles beim alten bleiben solle, bis die Gesetzgebung des polnischen Staates (Konstituante) weiteres verfüge; in diesem Sinne werde der Herr Minister demnächst auch eine besondere Verordnung an alle staatlichen Bezirksschulinspektoren herausgeben.

Im Vertrauen auf diese ministerielle Erklärung richtete der Deutsch-ev. Landesschulverband am 18. Dezember an den Herrn Minister für Volksaufklärung ein Gesuch des Inhaltes, es möchte der nach § 16 Abs. 1 des Gesetzes „über Berücksichtigung von Schulbedürfnissen der Minderheiten“ dem Deutsch-ev. Landesschulverband zustehende, bisher regelmäßig geleistete Staatszuschuß möglichst noch vor dem 1. Januar 1919 ausgezahlt werden, wie dies auch im September v. J. dankenswerter Weise geschehen sei, da die besonderen Verpflichtungen der Schulgemeinden beim Jahreswechsel des wünschenswerten erreichen lassen, damit der Landesschulverband in der Lage sei, ihnen die nach dem rechtmäßigen Haushaltssatz für das Rechnungsjahr 1918/19 auf sie entfallende Staatsbeihilfe rechtzeitig zu übermitteln.

Am 11. Januar v. J. schickten wir an den Herrn Minister für Volksaufklärung ein Telegramm, worin wir mitteilten, daß uns der Staatszuschuß für das laufende Vierteljahr noch nicht zugekommen ist und daß deshalb den Lehrern an den (etwa 500) Schulen des Deutsch-ev. Landesschulverbandes das Gehalt nicht ausbezahlt werden könne, wodurch diese Lehrer und ihre Schulgemeinden in peinliche Verlegenheit geraten. Wir bateten in diesem Telegramm nochmals um Anweisung des Staatszuschusses bezw. anderweitige Verfügung. Da wir bis heute ohne Antwort blieben, nehmen wir an, daß weder unser Schreiben vom Dezember v. J. noch unser Telegramm vom 11. Januar an Zuständiger Stelle ausgehängt worden ist, und erneuern hiermit dieses unser Gesuch, da die betreffenden Lehrer bei der ohnehin sehr färglich bemessenen Besoldung sich in der größten Notlage befinden. Zugleich knüpfen wir hieran, entsprechend dem Beschluss der außerordentlichen Hauptversammlung des Deutsch-ev. Landesschulverbandes vom 3. Januar v. J. die ergebnende Bitte, es möchte der dem Landesschulverband zustehende Staatszuschuß in dem Maße erhöht werden, daß auch die Gehälter der Lehrer an den uns angeschlossenen Schulen den bedeutend erhöhten Gehältern der Lehrer an den

staatlichen Schulen gleichgestellt werden können, wie es nach § 7 und 16 des Gesetzes „über die Berücksichtigung von Schulbedürfnissen der Minderheiten“ und nach § 1, Abs. 3 der Satzung des Deutsch-ev. Landesschulverbandes rechtswidrig vorgeschrieben ist.

In den Kreisen unserer Lehrerschaft wie auch der Schulgemeinden ist nun eine starke Beunruhigung in Betreff der Rechtslage unseres Landesschulverbandes durch die auf der erwähnten Hauptversammlung gemachte Mitteilung eines Lehrers eingetreten, wonach der Herr Minister der Volksaufklärung einer Lehrerabordnung am 23. Dezember v. J. bestimmt versichert habe, daß „der Landesschulverband in den nächsten Tagen durch ein besonderes Dekret aufgehoben werde.“ Diese Mitteilung hat sich, obwohl die Abordnung behauptete, vom Herrn Minister hierzu ermächtigt zu sein, als unrichtig erwiesen, und es konnte ihr um so weniger Glauben geschenkt werden, als sie in direktem Widerspruch mit der Erklärung stand, die unsere eigene Abordnung aus dem Munde des Herrn Ministers empfangen hat, und außerdem der Rechtszustand der beiden Landesschulverbände auch nach der Aufstellung des Herrn Ministers, wie sie aus seiner Neuerzung unserer Abordnung gegenüber klar hervorgeht, unverändert ist, solange die gesetzgebende Körperschaft (Konstituante) des polnischen Staates eine neue Rechtsgrundlage schafft.

Nach unserer festen Überzeugung entspricht es nicht den Intentionen einer hohen Staatsregierung, Hunderte von Lehrern, die sich jederzeit als treue Bürger des neuen polnischen Staates bewährt haben, unverschuldetem Elend preiszugeben oder hunderttausende von Bürgern dieses Staates in die Zwangslage zu versetzen, auf die elementarsten Schuleinrichtungen eines Kulturstaares notgedrungen zu verzichten, und wir bitten deshalb den Herrn Minister gütigst, veranlassen zu wollen, daß den beiden Landesschulverbänden der Staatszuschuß überwiesen oder, wenn das aus irgend einem Grunde nicht geschehen sollte, ges. das Erforderliche veranlaßt werde, damit die gesetzlich und menschlich begründeten staatsbürglerlichen Ansprüche der unbeschuldigten Lehrer baldmöglichst befriedigt werden können. Wir unterzeichneten Direktoren des Deutsch-ev. Landesschulverbandes nehmen zugleich die Gelegenheit wahr, unsere dem Herrn Minister noch im Dezember v. J. übermittelte Erklärung zu wiederholen, daß wir beide bereit sind, von unserem Posten als Leiter des Deutsch-ev. Landesschulverbandes ungesäumt zurückzutreten, wenn der Herr Minister erklärt, daß das deutsche Schulwesen in Polen nur unter der Voraussetzung dieses Rücktrittes zu sichern sei. Denn die unbedingte Schaltung des deutschen Schulwesens in Polen im Dienste des polnischen Staates steht uns unendlich höher als jegliche Erwägung persönlicher Natur. Wir haben uns dieser bedeutameren Aufgabe, in der wir ein Lebenswerk der höchsten Kraftanspannung wert erblickten, mit aller Hingabe gewidmet und sind auch Willens, auf diesem Posten auszuharren, auf uns das Vertrauen unserer Mitbürger zuerothen, wenn der Sache damit gedient ist; wir betrachten aber unsere Mission in dem Augenblick als beendet, in dem uns von zuständiger Stelle bedeckt wird, daß unser Ausscheiden allein die Gefahr biete für den weiteren Fortbestand des deutschen Schulwesens in Polen. Im übrigen erachten wir es als unsere Pflicht, dem Herrn Minister zu seiner eigenen Information auch an dieser Stelle ausdrücklich zur Kenntnis zu bringen, daß in der Hauptversammlung des Deutsch-ev. Landesschulverbandes am 27. November v. J. erklärt, es werde alles beim alten bleiben, bis die Konstituante (der Landtag) weiteres befände und daß in diesem Sinne eine Rundversetzung an alle Bezirksschulinspektoren hinausgegeben werden solle. Diese Antwort des Herrn Ministers ist auch von den polnischen Zeitungen und zwar von diesen zuerst, — ohne unser Datum, — genau in dieser Form veröffentlicht worden.

Wenn nun trotzdem der fällige Staatszuschuß für das laufende Vierteljahr (Januar bis März 1919) an den Landesschulverband bisher nicht ausgezahlt worden ist, ohne daß andererseits der Landesschulverband aufgelöst worden wäre, so fehlt uns dafür jegliche zulässige Erklärung; sie wird ohne Zweifel von dem neuen Vertreter der staatlichen Unterrichtsverwaltung in kürzester Zeit gegeben werden. Die Auflösung des Landesschulverbandes durch einfache Ministerialverordnung würde eine zum mindesten formale Rechtsbeugung bedeuten, der sich der Landesschulverband zwar zu führen hätte, aber natürlich nicht ohne Rechtsverwahrung, die die führenden

Verbandes als autonome Organisation Stellung genommen hat.

Lodz, den 17. Januar 1919.
Die Direktoren des Deutsch-ev. Landesschulverbandes in Polen:
Korodi. Fierl.

Im Zusammenhang mit dieser Buschritter bitten uns der schultechnische Leiter des Deutsch-ev. Landesschulverbandes, Direktor Korodi, um Veröffentlichung folgender erläuternden Neuherzung:

Das obige Schreiben ist nicht persönlich an denjenigen Minister für Volksaufklärung gerichtet, es wurde zufällig gerade kurz vor Abgang seines Amtsvorgängers abgefaßt. Die anderweitige Beziehung des Ministerpostens hat aber mit der Sache auch nichts zu tun, da es sich um eine Stellungnahme der obersten Unterrichtsbehörde als solcher handelt. Für den gegenwärtigen Vertreter des Ministeriums der Staatsregierung dürfte es indes von Wert sein, eine zusammenfassende historische Darstellung der Vorgänge zu erhalten. Er wird daraus, zugleich an der Hand der Akten, ersehen, daß der augenblickliche Rechtszustand des deutschen Schulwesens unbedingt einer Klärung bedarf, die keinen Aufschub erleiden kann. Der Deutsch-ev. Landesschulverband ist seinerzeit — am 23. Juli 1917 — unter genauer Beobachtung der damals einzige und allein rechtsverbindlichen gesetzlichen Voraussetzungen gegründet worden, unter ausdrücklicher Zustimmung des Provisorischen Polnischen Staatsrates. Die formelle Genehmigung erfolgte (am 12. September 1917) ordnungsgemäß durch den Generalgouverneur; dem Landesschulverband wurde dadurch „die Eigenschaft einer öffentlich-rechtlichen Korporation verliehen.“ Andere Vertreter der polnischen Staatsgewalt gab es damals nicht, als die beiden genannten zuständigen Faktoren der Gesetzgebung: Generalgouverneur und Staatsrat. Der Generalgouverneur hat sodann — im Oktober 1917 — die Unterrichtsverwaltung und das Justizwesen an besondere polnische Ministerien abgegeben; beide Zweige der Staatsverwaltung wurden von den polnischen Behörden auch übernommen, ohne daß diese dagegen Einspruch erhoben hätten. Eine ausdrückliche Anerkennung dieses Rechtszustandes vollzog sich auch durch die Ausszählung des gesetzlich geregelten Staatszuschusses an den Landesschulverband zum 1. April, 1. Juli und 1. Oktober 1918 von Seiten der polnischen Unterrichtsverwaltung. Es ist uns nicht bekannt, daß diese Ausszählungen etwa unter Protest erfolgt seien; ebensowenig, daß eine gesetzliche Änderung eingetreten sei, die in einem konstitutionellen Staate ja auch nur im Wege der geleggebenen Körperschaft, der Volksvertretung, denkbare ist. Diese einzige mögliche Rechtsauffassung macht sich auch der Minister für Volksaufklärung in unzweideutiger Form zu eigen, indem er der Abordnung des Landesschulverbandes am 27. November v. J. erklärt, es werde alles beim alten bleiben, bis die Konstituante (der Landtag) weiteres befände.

Wir bitten um Ihre Zustimmung, daß wir beide bereit sind, von unserem Posten als Leiter des Deutsch-ev. Landesschulverbandes ungesäumt zurückzutreten, wenn der Herr Minister erklärt, daß das deutsche Schulwesen in Polen nur unter der Voraussetzung dieses Rücktrittes zu sichern sei. Denn die unbedingte Schaltung des deutschen Schulwesens in Polen im Dienste des polnischen Staates steht uns unendlich höher als jegliche Erwägung persönlicher Natur. Wir haben uns dieser bedeutameren Aufgabe, in der wir ein Lebenswerk der höchsten Kraftanspannung wert erblickten, mit aller Hingabe gewidmet und sind auch Willens, auf diesem Posten auszuharren, auf uns das Vertrauen unserer Mitbürger zuerothen, wenn der Sache damit gedient ist; wir betrachten aber unsere Mission in dem Augenblick als beendet, in dem uns von zuständiger Stelle bedeckt wird, daß unser Ausscheiden allein die Gefahr biete für den weiteren Fortbestand des deutschen Schulwesens in Polen. Im übrigen erachten wir es als unsere Pflicht, dem Herrn Minister zu seiner eigenen Information auch an dieser Stelle ausdrücklich zur Kenntnis zu bringen, daß in der Hauptversammlung des Deutsch-ev. Landesschulverbandes am 27. November v. J. erklärt, es werde alles beim alten bleiben, bis die Konstituante (der Landtag) weiteres befände und daß in diesem Sinne eine Rundversetzung an alle Bezirksschulinspektoren hinausgegeben werden solle. Diese Antwort des Herrn Ministers ist auch von den polnischen Zeitungen und zwar von diesen zuerst, — ohne unser Datum, — genau in dieser Form veröffentlicht worden.

Wir bitten um Ihre Zustimmung, daß wir beide bereit sind, von unserem Posten als Leiter des Deutsch-ev. Landesschulverbandes ungesäumt zurückzutreten, wenn der Herr Minister erklärt, daß das deutsche Schulwesen in Polen nur unter der Voraussetzung dieses Rücktrittes zu sichern sei. Denn die unbedingte Schaltung des deutschen Schulwesens in Polen im Dienste des polnischen Staates steht uns unendlich höher als jegliche Erwägung persönlicher Natur. Wir haben uns dieser bedeutameren Aufgabe, in der wir ein Lebenswerk der höchsten Kraftanspannung wert erblickten, mit aller Hingabe gewidmet und sind auch Willens, auf diesem Posten auszuharren, auf uns das Vertrauen unserer Mitbürger zuerothen, wenn der Sache damit gedient ist; wir betrachten aber unsere Mission in dem Augenblick als beendet, in dem uns von zuständiger Stelle bedeckt wird, daß unser Ausscheiden allein die Gefahr biete für den weiteren Fortbestand des deutschen Schulwesens in Polen. Im übrigen erachten wir es als unsere Pflicht, dem Herrn Minister zu seiner eigenen Information auch an dieser Stelle ausdrücklich zur Kenntnis zu bringen, daß in der Hauptversammlung des Deutsch-ev. Landesschulverbandes am 27. November v. J. erklärt, es werde alles beim alten bleiben, bis die Konstituante (der Landtag) weiteres befände und daß in diesem Sinne eine Rundversetzung an alle Bezirksschulinspektoren hinausgegeben werden solle. Diese Antwort des Herrn Ministers ist auch von den polnischen Zeitungen und zwar von diesen zuerst, — ohne unser Datum, — genau in dieser Form veröffentlicht worden.

Wir bitten um Ihre Zustimmung, daß wir beide bereit sind, von unserem Posten als Leiter des Deutsch-ev. Landesschulverbandes ungesäumt zurückzutreten, wenn der Herr Minister erklärt, daß das deutsche Schulwesen in Polen nur unter der Voraussetzung dieses Rücktrittes zu sichern sei. Denn die unbedingte Schaltung des deutschen Schulwesens in Polen im Dienste des polnischen Staates steht uns unendlich höher als jegliche Erwägung persönlicher Natur. Wir haben uns dieser bedeutameren Aufgabe, in der wir ein Lebenswerk der höchsten Kraftanspannung wert erblickten, mit aller Hingabe gewidmet und sind auch Willens, auf diesem Posten auszuharren, auf uns das Vertrauen unserer Mitbürger zuerothen, wenn der Sache damit gedient ist; wir betrachten aber unsere Mission in dem Augenblick als beendet, in dem uns von zuständiger Stelle bedeckt wird, daß unser Ausscheiden allein die Gefahr biete für den weiteren Fortbestand des deutschen Schulwesens in Polen. Im übrigen erachten wir es als unsere Pflicht, dem Herrn Minister zu seiner eigenen Information auch an dieser Stelle ausdrücklich zur Kenntnis zu bringen, daß in der Hauptversammlung des Deutsch-ev. Landesschulverbandes am 27. November v. J. erklärt, es werde alles beim alten bleiben, bis die Konstituante (der Landtag) weiteres befände und daß in diesem Sinne eine Rundversetzung an alle Bezirksschulinspektoren hinausgegeben werden solle. Diese Antwort des Herrn Ministers ist auch von den polnischen Zeitungen und zwar von diesen zuerst, — ohne unser Datum, — genau in dieser Form veröffentlicht worden.

Männer füglich nicht nur sich selbst, sondern auch den von ihnen vertretenen Sache schuldig sind. Der Landtag wäre dann dazu befugt, über solchen Eingriff in seine Kompetenz von sich aus das letzte Wort zu sprechen. Wir sind jedoch vorläufig nicht berechtigt anzunehmen, daß der Herr Minister für Volksaufklärung sich zu einem so bestreitlichen Vor gehen entschließen könnte.

Die Aufführung, daß alle Verfügungen der Okkupationsmächte mit dem Augeblick der Übernahme der gesamten Staatsverwaltung durch die polnische Regierung null und nichtig seien, ist unhaltbar. Denn folgerichtig wäre dann auch die Übergabe der Staatsverwaltung selbst rechtsungültig, und es hätte somit auch die Übernahme der Unterrichtsverwaltung durch das polnische Ministerium vermieden werden müssen. Daß noch mehr! Die Proklamation des selbständigen polnischen Staates war doch füglich auch ein Akt der Okkupationsmächte und ist weder vom polnischen Volk, noch von seiner berufenen Vertretung abgelehnt worden. Daß die Umbildung der Staatsform und seiner Institutionen in den Rechtskreis der fünfzig gesetzgebenden Körperschaft gehört, versteht sich allerdings von selbst. Bei es aber mit dem Wohlergehen des polnischen Staates gut meint, muß nur wünschen, daß sich diese Umbildung in solchen Formen vollzieht, daß ein freundschaftliches, wenn nur möglich herzliches Verhältnis der hauptfächlichen Kulturräume im Lande dauernd verbürgt wird. Diese Neuordnung soll und darf nicht bloß einer vergänglichen Gefülsaufwallung ihre Entstehung verdecken, aber das gefühlsmäßige Verstehen der beiden Völker ist doch ein Faktor, der nicht ausgeschaltet werden kann. Und den Boden dazu werden nicht in letzter Linie diejenigen vorbereiten, die von amtswegen berufen sind, dem Deutschen in Polen seine geistigen Existenz in möglichst angenehme Verhältnisse zu schaffen.

Lodz, 19. Januar 1919.

Luž Korodi.

Kirchengesangverein der St. Johannis-Gemeinde. Am Mittwoch, den 22. Januar, um 8 Uhr abends, findet die Jahresgeneralversammlung der Mitglieder des Vereins in der Kapelle der 3. Pfarrei statt. Die Tagesordnung umfaßt folgende Punkte: 1. Verlesung der Niederschrift über die legte Versammlung, 2. Berichterstattung, 3. Entlastung des Vorstandes, 4. Neuwahlen, 5. Wahltag, 6. Abstimmung.

Trauung. Heute um 7 Uhr abends findet in der St. Johannis-Kirche die Trauung des Herrn Wilhelm Maß mit Fräulein Oiga Maurer statt. Wir bringen dem jungen Paare unsere Glückwünsche dar.

Vereinigung deutscher Wähler. Am Mittwoch, den 22. d. J., um 2½ Uhr nachm. findet im Konzertsaal (Dielnstr. 18) eine Vollversammlung deutscher Wähler und Wählerinnen statt. Alle stimmberechtigte Wähler (Männer und Frauen) werden hiermit eingeladen.

Arbeitslosenfürsorge. Am Sonnabend fand unter Vorsitz des Ing. Włodzimierowitsch eine Sitzung des Fürsorgekomitees für die Arbeitslosen statt. Der Vorsitzende stellte den Anwesenden den Delegierten des Ministeriums für Arbeitsschutz, Dr. Włodzimierowitsch vor. Letzterer versicherte, daß sämtliche Arbeitslose Beschäftigung finden werden, wozu durch die Arbeitslosen in Lódź befehligt werden wird. In Angelegenheit der Eteilung von Unterstützungen in Naturalien wurde auf Antrag des letzten Bürgermeisters Skulski beschlossen, sofort an den Minister für Arbeitsschutz und öffentliche Fürsorge ein telegraphisches Gesuch um Unterstützung von 2.500.000 M. für weitere Auszahlungen zu richten und um Zurückziehung der Vergütung befreit die Eteilung von Unterstützungen in Naturalien zu bitten, da dies vordehand unausführbar sei.

Personen, die wirtschaftlich Arbeitslosenunterstützungen erhalten haben, werden der Staatsanwaltschaft des Herz von Kinderlappen zur Ruhe geführt werden. Das kam so, Frau Helga!

Seit Monaten war ein Kind bei uns in Behandlung . . . ein Knabe von engelhafter Schönheit.

Er hatte keine Mutter! Der kleine Körper wies überall neben erstaunlicher Magie Spuren schwerer Verbrennung auf.

Das Rückgrat war gekrümmmt, die Beinchen gebogen, die Gelenke rhachitisches geschwollen — ein jammervoller Anblick!

Dies Kind wuchs mir noch mehr als die anderen ans Herz — es hatte ja keine Mutter.

Alle Verordnungen führte ich selbst aus. Alle Wunder der Orthopädie vertrieb ich unermüdlich.

Man zog mich auf, naunte der Kleinen „Fräulein Doktor“ Junge“, oder man freute sich mit mir der ersten schwachen Erfolge.

Da eines Tages ward mir der Vater des Kindes gemeldet.

Ein großer Herr mit offenem, verständigen Gesicht stand vor mir und sah mich aus guten Augen dankbar an — .

Aus dem einen Besuch wurden mehr, schließlich kam er allwöchentlich.

Und nun begann das Beobachtetwerden, das Flüstern und Vorausehen — ich war aus meinem Frieden aufgescheucht.

Unvermutet und ungewollt mußte ich aus diesem stillen Winkel wieder in die Welt zurückkehren . . .

Und ich fand mich noch mitten darin stehend, dazu gehörend — und begriff, daß es zum Auslösen noch zu früh sei. —

Fortsetzung folgt

denn der Tage Abstand zu ihr war nun groß genug.

Der letzten Monate Stille und gewisses heimesches Behagen brachten ein Genügen, in dem ihr Lebensstrom ruhig dahingezogen — bis dann wieder etwas ihren Weg kreuzte, das ihr Schicksal — oder ihr Ruhehafen für immer werden sollte. In einer ihrer plötzlichen Aufwallungen schob sie das Buch beiseite.

Nein, keine Aufzeichnungen für sie selbst — lose Blätter für Frau Helga sollten es werden — und von einer Art Heimatsfrieden, von Dank und Beichte sollten sie reden:

„Als wir vor Monaten auseinanderreisten, Frau Helga, wußte ich noch nicht, ob ich einen Weg aus jenen neuen Wirren finden könnte — Schlimmer; ich wußte nicht, ob ich oben bleiben oder untergehen würde.

Ich hatte Grauen vor mir, und alles, was mich hinderte, mein Leben endlich einfach und klar zu sehen, war mir verhaft.

Ich konnte auch keines Menschen Hilfe mehr ertragen.

Zu sehr hatte ich mich in Ihre Hand gegeben, Frau Helga!

Denn als Sie mich aus meiner Schwäche herausgehoben hatten, erwachte Widerstand in mir — .

In uns beiden richteten sich die alten Gegenäße unserer Naturen auf und trieben uns auseinander.

Es ist wohl so, Frau Helga: Die Gegenwart des Menschen, der unsere Seele hüllelos gesehen, erträgt man nicht dauernd.

</div

indern auch. Der
schen Ein-
das lege-
nug nicht
inister für
chen Vor-
ungen
Augen-
erwaltung
nichig
äre dann
t ver-
ig, und
me der
inisterium
ehr! Die
n Staates
upations-
noch von
en. Daß
seiner
stigen ges-
sich aller-
m Wohl-
muz nur
n Forme
it möglich
osten Kul-
d. Diese
vergäng-
erden,
en Böller
t werden
in letzter
wegen be-
stigen
en.
bdi.

Abendkurse am Rothertschén Gymna-
sium. Am heutigen Dienstag von 5—6 Uhr spricht
Herr Director E. Follak über die Mineralquellen,
die Quellen der Energie in Polen, sowie als Ein-
leitung in die Vorfahrt über die Urgeschichte,
frühgeschichtliche und geschichtliche Zeit. Von 6—7
Uhr findet der Vortrag des Herrn Dr. med. J.
Weinberg über Hygiene statt.

Zur Verpflegung der Stadt. Nach einer
längerer Unterbrechung begannen die städtischen Lä-
den gestern mit dem Verkauf von Zucker an die
Bevölkerung, die keinen Kooperationsangehörigen.
In den letzten 3 Tagen hat das Brot- und Mehls-
verteilungskomitee größere Sendungen Getreide aus
Kalisz und Lwow erhalten. In der Angelegen-
heit der regelmäßigen Versorgung der Stadt Lodz
mit Mehl begab sich gestern der Director der Brot-
zentrale, Herr Kubinski, nach Warschau.

**Die Delegierten der ehemaligen deut-
schen Beamten und Polizisten sind, wie uns
mitgeteilt wird, aus Warschau zurückgekehrt. Neben
die Art und Weise, wie den Vertrauensmännern
der Angestellten das Ergebnis der Bemühungen
in Warschau mitgeteilt werden wird, soll demnächst
in der Zeitung bekannt gegeben werden, da die
polnische Behörde weitere Versammlungen nicht mehr
benötigt.**

Theater und Konzerte.

Thalia-Theater.

Hermann Sudermanns Schauspiel „Die
Ehre“, das in Lodz schon zahlreiche Aufführungen
erlebt hat, ging am Sonntag abend neu einstudiert
in Szene. Justus Wolfgang Schottelius erwies
sich auch hier wieder als der individuell empfindende
Spielteuer, der nicht an der Schauspielkunst, sondern
an seinem eigenen zu schaffen vermögt. So bot denn
die Aufführung fassende Szenen. Willi Schmitz
zeichnete den charakteristischen Heinrich Robert
Heinecke mit festen Strichen, Heinrich Neubach spielt
den Grafen Ernst sicher und gewandt und stand
namenlich in der beiden letzten Akten auf der Höhe
schauspielerischer Könnens. Martin Holzman in
brachte nicht den ständigen polternden Vater Heinecke
auf die Bühne, wie wir ihn vor Jahren gesehen
haben, sondern verlieh dieser Gestalt eine eigene
Note. In Luisa Schubert-Jungling (Frau
Heinecke) hatte er eine Partenerin, die die unwillige, ne-
iges entzückende Mutter recht gut darstellte.
Olga Wolan (Auguste) war ein echtes Berliner
Mädel, genau nach Ziele gezeichnet, und Mark
Tennendorff (Nicolai) stand ihr hierin kaum
nach. Gel. Lüders gab die lebensfrohe, sorglose
und vergnügungslustige Anna einwandfrei wieder
und auch die übrigen Mitwirkenden entledigten sich
ihrer Aufgabe mit oalem Geschick.

Der Beifall, mit dem die Aufführung aufge-
nommen wurde, war warm und ehrlich. —ie—

Thalia Theater. Was wird gespielt: Am
Dienstag, abends 7 Uhr, wird „Das Dreimäderlhaus“ Operette in 3 Akten, Raft von
Franz Schubert wiederholt. Mittwoch, abends
7 Uhr, geht die lustige Operette „Glück im Wasser“ zu 5 Engelspreisen wiederholt in Szene. In Vorber-
eitung für Sonnabend, abends 7 Uhr, „Die
Reise am die Erde in 4 Tagen“, Ausstattungs-
stück m. Tanz und Gesang in 14 Bildern, nach Faes
Veraes, von Walter Wissermann. Der Kartenver-
kauf für diese Vorstellung beginnt bereits am
Mittwoch.

Tanzabend Halina Schmolz.

Mit zahlreichem Besuch lohnte das Lodzer Pu-
blikum der Konzertdekoration Alfred Strauß die
Bantenswerke Mige, den hiesigen kriegsmäßigen
Spiegelei der Künstler etwas reichhaltiger ge-
staltet zu haben. Ein „gehobener“ Varieté Abend
konnte das Motto der Veranstaltung am Sonnabend
im Konzertsaal lauten.

Halina Schmolz, eine temperamentvolle,
animalische Jungfrau Tropisches, lange Kompositionen
von Chopin, Drigo, Rubinstein, Schubert, Glazunow,
Balakirew und Paderewski. Als gute Spie-
lägerin wiegte sie sich mit viel Glam und Grazie,
ohne jedoch eine ausgeprägte persönliche Note
und viel eigene Auffassung zur Geltung zu bringen.
Gemeinsam mit ihrem Partner Peter Bejlich
hüpfte sie im Ballo Caprice und im Bachanal leicht
und gracios wie ein Elfe über die leider etwas
zu primitiv ausgestattete Bühne. Freude und Schmerz,
Segnung und Triumph verkörpernd, und so dem
Publikum die ewigen Sorgen des grauen Alltags,
das große Glück über die ungewisse Zukunft
und den Schrecken des alles lähmenden Terrors auf
kurze Zeit ins Meer der Vergessenheit versunken
lassen.

Zum Erfolg des Abends trug auch Josef
Urstein mit seinem neuen Wirtschafts-Apartoir bei,
über dessen Leistungen am besten das Publikum
selbst urteilt. Dass es allgemein befriedigt war,
könnte er selbst am großen Beifall, in den er sich
mit den übrigen Darstellern teilte, am besten fest-
stellen.

Vereine und Versammlungen.

Der Männergesangverein „Concordia“
hielt vorgestern nachmittag in seinem zeitweiligen
Sitz in der Nowotrostraße 29 seit Kriegsausbruch
zum ersten Mal wieder seine ordentliche General-
versammlung ab. Erschienen waren $\frac{1}{2}$ der gesamten
Mitgliederzahl. Nach Verlesung der Protokolle
und Entlastung der alten Verwaltung wurde zum
Vorsitzenden Herr Kajnath berufen. Die Tätig-
keit und Rechenschaftsberichte sowie der Bericht der
Revisionskommission wurde ohne Einspruch zur Kennt-
nis genommen. Beschllossen wurde, die Vereinstätig-
keit wieder aufzunehmen und an den Sonntagen
nach dem 1. eines jeden Monats Sitzungen abzuhalten.
Die Wiederaufnahme der Gesangsstunden wird auf einer
der nächsten Monatssitzungen beschlossen werden.
Beiträge gelten bis zur weiteren Beschlussfassung
als freiwillige, eine Zahlungspflicht besteht nicht.
Die Wahlen hatten folgendes Ergebnis: Vor-
sitzender: Th. Czwarenski, 1. Vorstand E. Gahl,
2. Vorstand A. Rose, Kassierer J. Fritschkner, E. Kahler, Schriftführer
Oskar Kahler und N. Altmann; Revisions-
kommission: J. Janik, E. Richter, S. Diefenbach;
Archivare: N. Schäfer und Fr. Leitloff; Worte: R. Lange und R. Hoppe.
Nach dem Sängergruß „Grüß Gott“ fand die
Versammlung ihren Abschluß.

Eingesandt.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir Ansichten unserer
Leser, auch wenn diese mit der Richtung unseres Blattes
nicht übereinstimmen.

Politische Briefe.*)

Der im ersten Brief erwähnte Ausschuss hätte
das Parteiprogramm auszuarbeiten und es einer
Versammlung seiner Anhänger vorzulegen. Ein
weiterer soll eine Reihe wichtiger Fragen beleuchtet
werden, zu der die projektierte Partei Stellung
nehmen muss. Es darf nicht außer Acht gelassen
werden, daß es nur meine persönlichen Ansichten sind.

IV.

Die Arbeitslosigkeit und ihre Abhilfe.
Der Krieg hat ausgetobt. Neben dem euro-
päischen Leichenfeld zieht Pulverdampf dahin und
Blut schreit gen Himmel um die Söhne segens-
reicher Arbeit und friedlichen Wirkens.

Müde Krieger und Arbeiter ziehen heim. Zu
ihrer trauten Hütte am Walde oder im Felde kom-
men sie, oder zum rauhenden Schlot in der Fabrik-
stadt.

Doch welche Enttäuschung! In anderen Ländern
gab es eine mächtige Kriegsindustrie. Hierzulande
aber ruhen die Betriebe zumeist. Die Okupanten
hatten Rohstoffe und Maschinenteile ausgeführt.

Wir haben von einer glorreichen Vergangenheit
eine Menge Arbeiter und Arbeiterinnen geerbt und
eine Reihe von Fabrikanten, die in ihrem jetzigen Zu-
stande nicht viel mehr sind, als Ruinen. Daher die
Schärfe der heutigen Arbeitslosigkeit, die ihres-
gleichen in Lodz nicht hat. Die Industrie kann ihre
regelmäßig wiederkehrenden Zeiten der Arbeits-
losigkeit, die aus den industriellen Kreisen stammten.
Viel arbeitete man mit Volldampp und konnte
nicht genug Arbeiter heranziehen, bald hatte man
„überproduziert“ und warf eine Menge Arbeiter auf
die Straße.

Auch schlechende Krisen kannte man, z. B. in
Großbritannien, wo der Handwerker und die Haus-
industrie durch die Fabrikindustrie verdrängt wurde.

Doch zum erstenmal steht Lodz vor der Tatsache,
einerseits ein zahlreiches Proletariat zu besiegen und
andererseits eine völlig lahmgelagerte Industrie.
Außerdem darf nicht vergessen werden, daß Lodz in
Zeiten akuter Arbeitslosigkeit immer damit rechnen
darf, daß die Betriebe in absehbarer Zeit wieder-
belebt werden. Man brauchte der Arbeiterklasse
also nur durch Almosen über die schwierige Zeit
hinwegzuhelfen und konnte dann wieder den alten
Schlendrian gehen.

Wie steht es diesmal mit der Inbetriebsetzung
der Fabriken? Die polnische Groß-Industrie wurde
gegründet, nachdem Russland eine Schutzgollgrenze
gegen Deutschland gezogen hatte. Die Waren konnten
den Wall nicht überschreiten, so famen denn die
Betriebe herüber. Zweitens wurde im Jahre 1851
die Zollgrenze zwischen Polen und Russland aufge-
hoben und der polnischen Industrie somit das russi-
sche Absatzgebiet geschaffen; damit war der Grund-
stein für den glänzenden Aufschwung der Stadt
Lodz gelegt.

Jetzt aber ist alles im Unklaren. Wird die
Entente eine Industrie in Polen zulassen? Sollte
dies nicht geschehen, so hätte das Land keine Ver-
wendung für seine Arbeitslustigen, deren Überschuss
in der Landwirtschaft nicht untergebracht werden
könnte.

Wie dem auch sei, bei der bestehenden Unklar-
heit könnten die Industriellen mit der Arbeit be-
ginnen, da vorderhand der Warenabsatz auf dem
eigenen polnischen Markt gesichert ist. Auch dem
Mangel an Rohstoffen und Maschinen könnte zum
Teil abgeholfen werden. Wenn wir nur nicht die
unruhigen Zeiten hätten, welche die Unternehmungs-
lust der Fabrikanten unterbinden! Und der Staat
oder eine andere Organisation kommt als Unter-
nehmer für unsere Textilindustrie einzutreten nicht
ernstlich in Betracht. Somit ist auf eine Wieder-
belebung der Industrie in allernächster Zeit nicht
zu rechnen.

Aus Obigem ergibt sich die Unmöglichkeit, im
gegenwärtigen Augenblick die Arbeitslosigkeit mit
den bisher hauptsächlich angewandten Mitteln zu
beseitigen oder wenigstens zu mildern.

* Fortsetzung aus Nr. 18 der „Lodzer Freien Presse“.

Westeuropa kennt im Wesentlichen folgende Maß-
nahmen zur Abhilfe: die Selbsthilfe der Gewerkschaften,
den Arbeitsnachweis, die Arbeitslosenversicherung und die öffent-
lichen Arbeiten. Die Selbsthilfe hat Grobes geleistet,
doch kommt sie bei uns nicht in Betracht, da
unsere Gewerkschaften nicht die in langen Zeiträumen
friedlicher und freier Arbeit gesammelten
Schäfte besitzen, die für eine wirkliche Unterstützung
ihrer Mitglieder notwendig sind. Der Arbeitsnach-
weis kann vielen helfen, doch bei dem ungeheurem
Zahlenmägen Nebergewicht des Arbeitslosen über
die Arbeitsgelegenheit genügt er nicht. Die Arbeits-
losenversicherung setzt eine gediegene, erprobte staat-
liche oder städtische Organisation voraus. Auch ist
es notwendig, wie bei der Selbsthilfe, daß der
größte Teil der Versicherten arbeitet und nur der
kleinste Teil unterstützt wird, aber, daß große
aufgesparte Reservefonds vorhanden sind. Diese Vor-
aussetzungen fehlen.

Die gegenwärtig gehandhabte staatliche Unter-
stützung der Arbeitslosen fällt gänzlich in das Ge-
biet der Armenpflege. Man kann von einer Unter-
stützung in der Form der Versicherung in diesem
Falle nicht sprechen, da eben der Auszahlung von
Unterstützungen keine systematische Organisation mit
regelmäßigen Beiträgen der Beteiligten vorausging.
Eine jede Arbeitslosenunterstützung, der die Idee der
Versicherung nicht zugrunde liegt, ist aber als
Armenpflege angesehen werden, und ist als solche
immer erniedrigend und demoralisierend. Mit die-
ser Art Armenpflege hatten wir es. B. während
der großen Arbeitslosigkeit im Winter des Jahres
1911 zu tun und wir haben damals ihre nachteiligen
Wirkungen beobachtet. Daß die gegenwärtig
ausgezahlte Unterstützung demoralisierend wirkt, ist
von den Führern des Lodzer Arbeiterraats aner-
kannt worden.

Als einzige erfolgreiche Form der Ab-
hilfe bleibt also die Beschaffung von Arbeitsge-
legenheit durch öffentliche Arbeiten. Bei diesen müs-
sen die vielen Arbeiter beschäftigt werden, die ge-
genwärtig Armenunterstützung erhalten. Welch ein
Riesenmaß müssen, aber diese Arbeiten erreichen, um
den gestellten Anforderungen gerecht zu werden.
Von der Größe der Aufgaben geben einige amtliche
Zahlen Aufschluß.

Lodz erhält gegenwärtig 17,000 Familien mit
60,000 Familienmitgliedern. Davon sind 60 Proz.
oder 36,000 Personen eigentlich arbeitslos. Es
sind die arbeitsfähigen Ernährer, die jedem Ruf
zur Arbeit folgen können. In drei Wochen
(Mitte Dezember bis Anfang Januar) haben sie
über 200,000 Mark an Geldunterstützung bekom-
men. Das klingt imposant, doch wie gering ist
diese Hilfe! Eine einzelne Person erhält nämlich
3 M. täglich, ein kinderloses Ehepaar 5 M., ein
Ehepaar mit 1 Kind 6 M., ein Ehepaar mit zwei
und mehr Kindern 7 M. Diese Summe ist die
höchste. Und das bei der bestehenden Teuerung!

Lodz mit den Nachbarortschaften Brzyska-Wola,
Lask, Sieradz, Koluschi, Fabianice, Biertow, Kon-
stantynow, Alexandrow, die Landgemeinden usw. hat
im ganzen 150,000 Familienmitglieder zu ernähren.
Dabei hat der Zugang von Kriegsgefangenen und
Arbeitern aus Deutschland noch bei weitem nicht
aufgehört.

Um den gestellten Aufgaben gerecht zu werden,
müssen die besten Organisatoren aus Ost und West,

Süd und Nord herbeigerufen werden und keine nationa-
len oder konfessionellen Unterschiede dürfen Ta-
lente ausschalten. Polnische Staatsbürger aller
Gebungen würden gerechte Beschäftigung finden und
neues Leben würde aus den Ruinen blühen!

Schon früher sind in Polen öffentliche Arbeiten
angewandt worden. So z. B. hat der Lodzer christ-
liche Wohltätigkeitsverein im Jahre 1911 von der
Regierung den Chausseebau nach Lutomiersk über-
nommen. Auch heute hat die Regierung diesen
Weg beschritten. In Lodz werden im Fünfjahr-
plan die Kanalisationsarbeiten beginnen, die unsere Ra-
ßen und Lungen endlich von allerhand lieblichen
Düften befreien sollen. Eine Chaussee Lodz—Bielsk,
über Czajin, soll gebaut werden, der Berg auf der
Brieffl. soll beseitigt werden, der Berg auf der
Brieffl. soll beseitigt werden, die Tram-
bahnen bis zum jüdischen Friedhof gejogen werden.
Man spricht auch von der Regulierung des Flüs-
systems im ganzen Lande, wobei Zehntausende von
Arbeitern beschäftigt werden könnten. Andere um-
fangreiche Chausseebauten sollen ausgeführt werden.
Drainagearbeiten wären angebracht. Kanäle, welche
das Flusssystem des Dnieper mit dem der Weichsel
verbinden würden, wären die Krone dieser Arbei-
ten, könnten sie doch die größte Zahl von Arbeitern
beschäftigen und das Schwarze Meer mit Danzig
verbinden!

Die eben zurückgetretene Regierung hat 250
Millionen Mark für öffentliche Arbeiten in ganz
Polen bestimmt.

Die geschaffenen Werke werden zwar nicht zu
denjenigen gehören, die unmittelbar gewinnbringend
sind und sowohl die Zinsen als auch die Amortila-
tion tragen. Aber sie werden auf würdige Weise
Menschenleben erhalten, materielle Werke für Jahr-
hunderte schaffen und einen Kreislauf von Geld-
mitteln verursachen, aus dem sich Steuerquellen er-
geben. Sie werden die Kultur des Landes leben
und jeder Regierung die Dankbarkeit der Zeitgenos-
sen und der Nachwelt sichern.

Es ist aber bei allen Arbeiten äußerste Eile
geboten, denn es müssen sonst ungezählte Mil-
lionen Mark als Armenunterstützung hingege-
ben werden, ohne daß entsprechende Werte geschaffen
würden. Zugleich könnte die soziale Frage nicht
im geringsten gemildert werden. Arbeitsgelegenheit
würde aber den Verzögernenden neuen Lebensnutz-
en fördern und Verzweigungsaktionen vorbeugen.

Alexis Birller.

Berehrter Herr Redakteur!

In Nr. 18 Ihres werten Blattes befindet sich
ein Eingesandt, das, alle Formen einer sachlichen,
wenng auch scharfen Polemit verläßend, zu persönlich
Inventiven und Verdächtigungen greift, um
so, auf diese Weise, den Gegner, den man durch
Tatsachen nicht widerlegen kann, wenigstens in den
Augen Anderer zu bewerben und herabzusetzen.

Der Geist einer solchen Polemit charakterisiert
sich seinen Angreifer selbst und reißt ihm die Maske
von seinem sittlichen Antlitz. Es gibt Beleidigun-
gen, sagt der französische Moralist Vaivenargues,
auf die ein Ehrenmann nicht antworten darf.

Ich muß mich daher nur darauf beschränken,
die sachlichen Entstellungen und Ungenauigkeiten zu
korrigieren:

1. es wurden nicht die „besten“ Männer der
Lodzer Gesellschaft angegriffen;

2. meine ganze Tätigkeit im Wahltauschüsse
hatte Eingang und nicht Zersplitterung zum Ziel;

3. ich fühle mich nicht berufen über das hiesige
Deutschland zu Gericht zu sitzen, sondern nur über
1/2 Dutzend Männer, die mögen sie sonst ganz
ehrenwerte Persönlichkeiten sein, durch ihre frühere
öffentliche Arbeit dem hiesigen Deutschland, also
auch mir, einen großen politischen Schaden zugefügt
haben: denn wir sind politisch diskreditiert;

4. ich habe nie Artikel „gelegentlich der Wieder-
einnahme Lemburgs durch die Russen“ veröffentlicht;
jedes Wort darüber ist eine direkte und böswillige Entstellung
der Wahrheit; ich fordere den Autor jenes Eingesandten auf, mir und Jahr-
gang der Zeitung zu nennen, in der diese Artikel erschienen sind;

5. der Umstand, daß sich der Autor mit dem
Namensschild einer ganzen Partei deckt, genügt
mir vollkommen;

6. für alle persönlichen Beleidigungen habe ich
nur eine Antwort: direkte und aufrichtige Ver-
achtung.

Eduard Habermann.

Aus der Umgegend.
Alexandrow. Wahl des Gemeinderats

dienst einberufen werden. Wer sich der Gestellung entzieht, wird bestraft.

Polnische Regierungsvertreter in Paris.

Paris, 20. Januar. (P. A. T.) Der „Temps“ berichtet über das Eintreffen von Abgeordneten der polnischen Regierung in Warschau, der Herren Olsufi, Sokolnicki, Rittmeister Wieniawa-Dlugoszki und Professor Sujowski. Die Abordnung wird von Clemenceau empfangen werden und mit der französischen Regierung diplomatische Beziehungen anstreben, um militärische Hilfe und Lebensmittel für Polen zu erhalten. Die Abgeordneten erklärten, daß ihnen von englischen Offizieren die Mitteilung gemacht worden sei, daß die englische Regierung sich entschlossen habe, einen Vertreter nach Warschau zu entsenden. Die Delegation wird sich mit dem polnischen Komitee in Paris in Verbindung setzen.

Ein Aufruf Massaryks.

Paris, 20. Januar. (P. A. T.) Der „Radical“ veröffentlicht unter dem Titel: „Der erste Aufruf Massaryks“ eine Botschaft des Präsidenten der tschechischen Republik, in der dieser die Tschechen, Polen, Kroaten und Italiener auffordert, zu eigner Sicherheit in enger Verbindung zu bleiben.

Die Deutschen und die Polen.

Paris, 10. Januar. (P. A. T.) Das „Journal des Débats“ fordert die Beilegung der Kämpfe zwischen den Polen und den Deutschen. „Echo de Paris“ berichtet, daß unter den Ententemächten in der Angelegenheit Polen noch kein vollständiges Einvernehmen herrscht, worüber dieses Blatt sein Bedauern ausspricht. „Temps“ schreibt, daß in dem Programm der Entente die Entscheidung der 2. Division des Generals Haller und einer amerikanischen Division nach Danzig vorgelebt ist.

Berlin, 20. Januar. (P. A. T.) Der Zugverkehr in der Richtung Posen wurde eingestellt. Die Züge verkehren nur bis Bentschen. Der Schnellzug nach Thorn, Königsberg und Brest-Litowsk gelangt auf Umwegen dorthin.

Wien, 20. Januar. (P. A. T.) Das „Neue Wiener Journal“ meldet, daß die Deutschen bedeutende Truppenmassen zusammengezogen haben, die zum Vormarsch nach Osten bestimmt sind. Es soll

sich angeblich um mehr als 60 Divisionen handeln. Noch diese Woche soll mit den Offensive begonnen werden.

Eine französisch-englische Gesandtschaft in Krakau.

Krakau, 20. Januar. (P. A. T.) Auf Veranlassung des Generals Foch traf heute in Krakau eine französisch-englische Mission ein, bestehend aus dem General Barthélémy, Oberst Smith, Major S'Gtoile, Major Foreman, den Lieutenant Delpeche und La Marque sowie 6 Unteroffiziers. Wie die hiesigen Blätter erfahren, hat die Mission den Auftrag, das polnisch-ukrainische Kampfgebiet an Ort und Stelle zu untersuchen sowie über die Einstellung des Blutvergießens während der Friedenskonferenz zu beraten. Von hier begibt sich die Mission nach Lemberg und von dort nach Warschau. Heute nachmittag hatte General Barthélémy eine politische Konferenz mit den Vertretern der hiesigen Parteien. Barthélémy unterstrich mehrere Male, daß Polen von der Entente als Verbundsmacht aufgenommen werden ist und die Hilfe, die es benötigt, ihm zuteil werden wird. Die Entente wird Geschütze, Munition liefern, aber Polen muß sich Geschäftswerkstätten schaffen. Darauf fragt der General über die Lage in Großpolen, ob schon das ganze Land erobert sei und versicherter zugleich, daß Feldmarschall Foch bei Abschluß des Waffenstillstandes die Versendung von Waffen und Truppen nach Polen über die deutschen Linien vorgesehen hat. Er unterstrich auch, daß die Polen einen Zugang zur See über Danzig, als Hauptsafen, haben müssen. Durch Danzig kann Polen Verbindung mit dem Westen herstellen, was die politische Notwendigkeit erheischt. Die Polen können nicht zugleich an zwei Fronten kämpfen; es muß zuvor an der deutschen Front ein Ende gemacht werden, um so energischer dann auf die Bolschewiki einschlagen zu können.

Zur Friedenskonferenz.

Warschau, 20. Januar. (P. A. T.) Bei dem Büro zur Vorbereitung der Arbeiten für die Friedenskonferenz wurde eine strategische Militär-Sonderkommission ins Leben gerufen, die aus Vertretern des Kriegsministeriums und des Generalstabes besteht.

Branting in Berlin.

Berlin, 20. Januar. (P. A. T.) Der Führer der schwedischen Sozialisten Branting hatte gestern abend eine lange Beratung mit dem Führer des Freiwilligenregiments Oberst Klein ab. Während der Verhandlungen wurde die Frage der Lieferung von Lebensmitteln und so weiter, der Zurückhaltung der deutschen Kriegsgefangenen durch die Entente, der Auslieferung von landwirtschaftlichen Geräten durch die Deutschen, der Rückgabe der Kolonien und des finnischen polnischen Abteilungen in den Gebieten des ehemaligen Kaiseriums berührt.

Das neue ukrainische Kabinett.

Kiew, 20. Januar. Das Wiener Korrespondenzenbüro meldet: Zum Kriegsminister wurde Grelow ernannt, zum Chef des Generalstabes Olschewski, zum Finanzminister Martow, zum Minister für jüdische Angelegenheiten Rawuski. Die Regierung verfügte die Versteigerung sämtlicher Bankenschächer. Es ist dies eine Folge des Erlasses über die Verstaatlichung der Edelmetalle.

Warschauer Börse.

Warschau, 20. Januar.

20. Januar 19. Januar

4½% Pfandbriefe	—	203.00—50
5% Pfandbr. der	194.50—00	—50
6% Anleihe Warsch.	—	—
1915/16	—	199.25—50
6% Anleihe Warsch.	1917	—
100-Rbl.-Scheine	134.75—50—25	134.00—75—125
500-Rbl.-Scheine	—00—133.75	—00—25—50

Damarabel.

106 106.00—50—75

Kronen.

53.90—95—54 53.50—60

Verantwortlicher Herausgeber und Schriftleiter:
Hans Kriese, Lodz.

Thalia - Theater

Direktion:
W. Wohermann.

Dienstag, den 21. Januar 1919:

Abends 7 Uhr.

„Das Dreimäderhaus“

Operette in 3 Akten von Willner und Reichert.

Musik von Franz Schubert.

Mittwoch, den 22. Januar 1919:

Abends 7 Uhr.

5 Einheitsbriefe: ML 3, 2, 1.50, 1.00, u. 50 Br.

„Glücksschwalben“

Wo die Schwalben nisten ...

Operette in einem Vorspiel und 4 Akten von Kastner und Lorenz, Musik von Paul Lindner.

In Vorbereitung für Sonnabend, den 25. Januar.

„Die Reise um die Erde“

Ausstattungsstück mit Tanz und Gesang in 14 Bildern von Walter Wohermann.

Wir bringen die traurige Nachricht, daß unser Sohn, Bruder, Schwager, Onkel, Neffe und Cousin, der Webmeister

Robert Krüger

im Alter von 31 Jahren nach kurzem, aber schwerem Leiden sanft entschlief.

Die Beerdigung findet am Dienstag, nachmittags 2 Uhr vom Krankenhaus, Karola-Straße 28, aus auf dem alten katholischen Friedhof statt.

Die trauernden Hinterbliebenen
in Lodz, Brest-Litowsk und Gleiwitz.

Donnerstag, den 22. Januar 1919, um 7 Uhr abends
im Konzertsaal, Zielenz-Straße 18:

Erster öffentlicher Vortrags-Abend
der vorgesetzten Gesang- und Klavierschüler
des Kapellmeisters Friedrich Tausig.

Das Programm enthält: Opernarien — von Mozart bis auf die Neuzeit, Verdi, Puccini usw. — Lieder, Konzertstücke für Klavier — Bach bis Debussy.

Preise der Plätze: von 1 M. 1.50 bis 7.00.
Kartenverkauf bei A. Situch, Zielenzstraße.

Dr. med.
H. Roschaner
Spezialarzt für Haut- u. Geschlechtskrankheiten
Zielenz-Straße Nr. 9.
Sprech. v. 8—1 u. von 5—7 Uhr.
Damen von 4—5 Uhr. 213

Dr. med. **W. Kozin**
Petrilauer Straße 71

embält
Herz- und Lungenkränke
von 10—11 und von 4—6 Uhr.

Spezialarzt

D. C. Przybelski,
Zawadzka 1 (Scheiblers-Haus).
haut- und venerische Krankheiten
und Männerkränke.

Sprechst. v. 9—2 u. v. 4—8 Uhr.
Damen v. 5—6 Uhr.

Hebamme
Nowakowska

ist verzogen nach der
Zielenz-Straße Nr. 34.
Empf. von 9—12 u. v. 3—6 Uhr.

Dr. H. Schuhmacher

haut- und venerische Krankheiten.
Cegielnianastrasse 47,

Ecke Wschodnia,
von 9—10 und von 5—7 Uhr.
Gew. Arzt in Danzig (Schweiz)
und Kervi (Ital. Riviera)

Dr. S. Kantor

Spezialarzt
für Haut- u. venerische Krankheiten
Petrilauer Straße Nr. 144.

Ecke der evangelischen Straße
Behandlung mit Nötigenfräsen u.
Quarzlicht (Haartausal). Elektrische
Geschleißbäder. Krankenempf. von

12 u. v. 6—8, f. Damen v. 5—6.

Alle ehemalige Eisenbahner
der Station Fabianice, die vor
dem 11. November v. J. ent-
lassen wurden, werden zu der
Versammlung gebeten, die am
Mittwoch den 22. Januar 2 Uhr
nachmittags in Fabianice, Loser
Straße 11, stattfinden wird.

**Sohlenleder-
Ersag**

beste Qualität, elastisch, stark, wasser-
dicht und wird mit Holznaälen wie

echtes Leder verarbeitet.
Wichtig f.
Kooperativen sow. Schuhmacher.

Um sich von der guten Qualität
zu überzeugen, kann jeder als Probe
ein Paar Sohlen zu 20s erhalten.

bei L. Kruglanski,
Ziegelstr. 26, Front. 2, Stoc.
und A. Kümann,
Slugastraße 23, Front. W. 6.

In der neu eröffneten
Buchhandlung

Petrilauer 6, im Hofe —
sind sämtl. „klassiker u. Veritas“
wie: Meyer und Bruckhaus preis-
würdig zu bekommen. Kaufe ge-
brauchte deutsche, poln. und russ.
Schulbücher.

326

LUNA

Heute: Premiere!

Lida Borelli in der hältigen
modernen Tra-
gödie

Der Nachtfalter

Prunkvolle Ausstattung!
Glänzende Aufnahmen!
Künstlerische Musikbegleitung!

CORSO

KINEMA Zielenz-Straße Nr. 2.

Heute und folgende Tage! — Zum ersten Mal in Lodz!

„Die Hexe“ Herrliches Lebensdrama
in sechs großen Teilen
mit dem Siebling ::

Lotte Neumann in der Hauptrolle.

Aufler Programm: Die Eidessleistung der polnischen Truppen in Warschau am 13. Dezember 1918.

Drogerie Arno Dietel, Petrilaer Straße 157.
Geschäftzeit: von 8 Uhr morgens bis
6 Uhr abends. Sonntags bis
7 Uhr. Sonntags von 1—6 Uhr.

Zu kaufen gesucht

nachstehende Nummern der „Deutschen Lodzer Zeitung“:
1915: 115.

Angebote an die Geschäftsstelle der „Lodzer Freien Presse“
erbeten.

Zu verkaufen:

1. Diorama-Automat,
2. Apparate für Feuergefahr „Clou“. Industrie-Type,
1000 Kuben Sand,
5000 Mauerzägel,
80 Doppeltüren,
8 Kremzturen.

1. Schrankstock mit Tisch. 2. Bentner kleine Scheiben,
15 Tonnen Zement,
1. Trocken-Dien für Strumpffabrik,
verschiedene Werkzeuge.
zu ertragen Nowakowska-Straße Nr. 32 bei J. Fuchs.

Ein Eisendreher Gute Stellung

für feinere Arbeiten sofort
sucht. Nähmaschinen-Gefäß
Petrilauer Straße 69, im
Hofe.

als Stütze der Hansfrau, als
Wirtschaft in der Zentrum der Stadt
von alleinst. Hier sie ist zu
miet. gef. off. off. an die Exped. d. s. Bl. unter „T. B. 30“.

326

327

328

329

320

321

322

323

324

325

326

327

328

329

330

331

332

333

334

335

336

337

338

339

340

341

</